

SVP Klartext

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Februar 2024

**Linken Renten-
Schwindel
stoppen!**

Seite 3



**Bundesrat will
Schweiz zur EU-
Kolonie machen**

Seite 7



**Designierter
Präsident
im Interview**

Seite 15



Die Schweiz braucht die SVP!

Unsere Volkspartei ist wichtiger denn je. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich als Parteipräsident meinen Beitrag leisten durfte, damit unser wunderbares Land frei, sicher und eigenständig bleibt.

Sie lesen hier mein letztes Editorial als Präsident der SVP Schweiz. Gleich als Erstes möchte ich Ihnen an dieser Stelle von Herzen danken! Als Mitglied oder Unterstützer haben Sie grossen Anteil am Erfolg unserer Partei. Denn wir sind Volkspartei, keine abgehobenen Cüpli-Sozialisten oder Kaviar-Linke, wie man in Frankreich sagt. Wir treten für eine Politik ein, die den Bürger ins Zentrum stellt.

Das liegt in der DNA unserer Partei – und in der DNA der Schweiz. Der rote Faden in der Geschichte der Eidgenossenschaft ist die Freiheit. Von 1291, vom Bundesbrief bis heute.

Nein zu fremden Richtern

Doch diese Freiheit ist in Gefahr. Nehmen Sie als Beispiel die Europapolitik des Bundesrats: Das neue Verhandlungsmandat mit Brüssel ist ein Frontalangriff auf unse-

re Freiheit und Souveränität. Wir sollen EU-Recht automatisch übernehmen. Wir sollen fremde Richter akzeptieren. Wir sollen milliardenteure Tributzahlungen an Brüssel leisten.

Oder nehmen Sie das Beispiel der Klima- und Energiepolitik von Mitte-links. Sie wollen uns vorschreiben, welches Auto wir fahren, wie wir heizen, was wir essen dürfen. Bevormundung total. Die Freiheit wird stranguliert.

Bei der Zuwanderung – der Mutter aller Probleme – sabotiert die Mitte-links-Mehrheit sogar den Volkswillen. Wir können die Zuwanderung nicht mehr eigenständig steuern. Obwohl das in unserer Verfassung steht.



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident der SVP Schweiz

Es lebe die SVP, es lebe die Schweiz!

Sie sehen: Überall sind die zentralen Werte und Errungenschaften der Schweiz unter Beschuss. Der Druck auf unsere Freiheit und Eigenständigkeit wird nicht nachlassen. Die SVP ist darum wichtiger denn je.

Es war mir deshalb eine Freude und ein grosses Privileg, die SVP Schweiz als Präsident führen zu dürfen. Mit Marcel Dettling steht ein fähiger, engagierter, freiheitsliebender Nachfolger bereit, der sich mit Herzblut und Verstand für unsere Schweiz einsetzen wird. Ich werde weiterhin mit aller Kraft für die SVP und unsere Schweiz kämpfen.

Es lebe die SVP, es lebe die Schweiz!



Linken Renten-Schwindel stoppen! Nein zur verantwortungslosen AHV-Initiative

Die Initiative der Gewerkschaften «Für ein besseres Leben im Alter» klingt auf den ersten Blick attraktiv: Wer möchte nicht mehr Rente beziehen? Doch die linken Initianten verschweigen das Wesentliche: Das Geld dafür fehlt. Bezahlen müssten wir alle.



Von Nina Fehr Düsel,
Nationalrätin,
Küssnacht (ZH)

Die Initiative für eine 13. Altersrente klingt verführerisch, doch sie ist brandgefährlich und unverantwortlich: Sie brächte die AHV an den Rand des Ruins. Bezeichnenderweise steht im Initiativtext kein Wort darüber, wie das Ganze finanziert werden soll. Zahlen sollen andere. Insbesondere den kommenden Generationen würden noch mehr Lasten aufgebürdet.

Mehrkosten von fünf Milliarden Franken

Tatsache ist: Die Initiative brächte Mehrkosten von jährlich 5 Milliarden Franken. Schon die heutigen Renten sind nur dank finanziellen Zuschüssen und der 2023 an der Urne angenommenen Erhöhung des Frauenrentenalters noch bis 2030 einigermaßen gesichert. Danach wird die AHV jedes Jahr jährlich drei Milliarden Franken mehr ausgeben als einnehmen. Und das notabene ohne die 13. Rente. Um dies abzuwenden, müsste der steigende Fehlbetrag mit höheren Mehrwertsteuern und höheren Lohnabzügen ausgeglichen werden. Im Klartext heisst das:

Das Leben wird für alle massiv teurer. Besonders leiden würden Erwerbstätige mit normalem Einkommen, Alleinerziehende und Familien.

Zudem will die Initiative die AHV-Renten für alle Bezüger mit der Giesskanne aufbessern. Auch das ist grundfalsch, denn 88 Prozent der Rentnerinnen und Rentner sind nicht auf eine 13. AHV-Rente angewiesen.



Für die, die es wirklich nötig haben, arbeitet das Parlament derzeit an einer zielgerichteten Lösung. Heute schon gibt es für bedürftige Rentner – ebenfalls zielgerichtet – die Ergänzungsleistungen.

Mittelstand würde belastet

Mit der AHV, der Pensionskasse und gegebenenfalls den Ergänzungsleistungen sind Rentner in der Schweiz bessergestellt als in jedem andern Land in Europa. Hinzu kommt: Fast eine Million AHV-Renten werden ins Ausland ausbezahlt. Diese ausländischen Rentner profitieren bereits heute vom starken Schweizer Franken und den tieferen Lebenskosten. Ein Ausländer, der in Mazedonien eine Schweizer Rente bezieht, kann sich mit der AHV 4x höhere Ausgaben leisten als in der Schweiz. In der Türkei beträgt der Unterschied sogar Faktor 5. Mit der 13. AHV-Rente würden sie nochmals profitieren und müssten keine höhere Schweizer Mehrwertsteuer in Kauf nehmen.

Sagen wir also am 3. März Nein zu dieser unverantwortlichen und unsozialen Initiative, die den Mittelstand belastet und die Kaufkraft schwächt. Die 13. AHV-Rente ist das falsche Mittel, um bedürftigen Rentnern zu helfen. Besser sind punktuelle Anpassungen, z. B. die Abschaffung der Ehepaar-Diskriminierung.

Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

JA

Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»

NEIN

Parolen der Delegiertenversammlung



Liebe Delegierte der SVP Schweiz
Liebe Mitglieder der SVP

Im Jahre 2017 habe ich gegen das verhängnisvolle Energiegesetz gekämpft, wie auch die SVP. Die SVP hat zu Recht von Anfang an die unsinnige Energiestrategie des Bundes bekämpft, weil sie unsere Stromversorgung gefährdet und unsere Landschaft zerstört. **Seither hat die SVP ihren Kurs in der Energiepolitik verlässlich und konsequent beibehalten:**

- die SVP hat im Sommer 2021 **erfolgreich das CO₂-Gesetz bekämpft** und so verhindert, dass die Energiepreise massiv steigen.
- die SVP hat **erfolgreich das Referendum gegen das Klimaschutz-Gesetz ergriffen**, weil es unehrlich ist. Es setzt abstrakte Ziele, verschwiegen aber, wie diese konkret erreicht werden sollen.
- die SVP ruft ihre Ortsparteien im ganzen Land auf, **sich gegen die Verschandelung unserer Landschaft durch unrentable und zerstörerische Windturbinen zu widersetzen.**

Das ist mit ein Grund dafür, dass die SVP zur erfolgreichsten und grössten Partei der Schweiz geworden ist. Die SVP ist keine Partei, die sich nach dem Wind dreht und jeden Tag etwas anderes behauptet und fordert. Nein! Die SVP ist verlässlich und konsequent. Sie steht zu ihrer Position – auch wenn es manchmal unbequem ist und auch wenn es manchmal gegen die eigenen Bundesräte geht. **Und genau deshalb wird sie von jedem 3. Stimmbürger in der Schweiz gewählt.**

Und jetzt geht es um die Abstimmung über den «Strom-Mantelerlass». **Für mich handelt es sich um das schlimmste Gesetz aller Zeiten.** Es ist paradox: Der Natur- und Landschaftsschutz in unserem Land soll wegen der «Klima-Katastrophe» abgeschafft werden. Unser Land müsste mit über 1'200 Windrädern und über 200 Quadratkilometer Solarflächen zugestraft werden. Diese Fläche entspricht zwei Mal dem Zürichsee! Wegen der Zuwanderung bräuchte es zusätzlich **pro Jahr 100 Windturbinen** mehr. Es ist irrsinnig: Solarparks dürften in den schönsten Algebieten gebaut werden.

Pro Windturbine im Wald (!) müsste ein Fussballfeld Bäume gefällt werden. Die Bevölkerung hätte dabei kaum mehr etwas zu sagen. Und trotz allem bringt uns der Mantelerlass noch längst keine Strom-Versorgungssicherheit. **Der Mantelerlass ist ein Bschiss und das Gegenteil der SVP-Politik!**

Stimmen Sie bei der Parolenfassung am 23. März und bei der Abstimmung am 9. Juni mit NEIN. Auch wenn der eigene Bundesrat, der auch kein Freund von Windrädern ist, das Gegenteil erklären muss, weil er die Mehrheit des links dominierten Bundesrates vertreten muss.

Die Wählerinnen und Wähler und unser schönes Land werden es Ihnen bei den nächsten Wahlen verdanken!

Ihr



Elias Vogt
Präsident
Freie Landschaft Schweiz



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

EIN NEIN ZUR 13. AHV-RENTE EBNET DEN WEG FÜR EINE BESSERE LÖSUNG

5

Ein wichtiges NEIN am 3. März! Nein zur unsozialen und ungerechten 13. AHV-Rente

Die Initiative der Gewerkschaften ist ein Irrweg. Sie zieht der Bevölkerung das Geld aus der Tasche und treibt die AHV in den Ruin. Die 13. AHV-Rente muss deshalb abgelehnt werden. Damit wird der Weg frei für eine Besserstellung jener, die es wirklich nötig haben.



Von Thomas de Courten,
Nationalrat,
Rünenberg (BL)

«Renten sicher – für alle.» Das ist und bleibt das Wahlversprechen der SVP für diese Legislatur. Und wir sind damit auf Kurs. Das Parlament hat in den letzten Jahren wichtige Pflöcke eingeschlagen. Und wir sind mit ausgewogenen, durchdachten und unter dem Strich auch für alle Generationen fairen Vorlagen in der Altersvorsorge auch beim Volk durchgekommen.

Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) unseres damali-

gen Bundesrats Ueli Maurer war erfolgreich und konnte 2020 in Kraft treten. Die AHV 21 ist gelungen. Nach Jahren des Stillstands im linken Departement Berset gelang damit dank einem bürgerlichen Schulterschluss endlich wieder eine Reform in der 1. Säule. Nicht als definitive Lösung für alle Zeiten, aber als ein Schritt in die richtige Richtung.

Linke Initiative ruiniert die AHV

Die wachsenden Ausgaben für immer mehr und immer ältere Rentner werden aber bereits 2029 die laufenden Einnahmen übersteigen. Das sogenannte Umlageergebnis wird schon bald wieder negativ sein. Die geopolitischen Spannungen,

wirtschaftlichen Unsicherheiten und die Volatilität der Finanzmärkte helfen auch nicht wirklich. Die dunkeln Wolken am Anlagehorizont werden sich auch nicht so schnell verziehen. Der Dritte Beitragszahler, also die Anlagerenditen, sind für die langfristige Finanzierung der AHV somit auch kein Heilsbringer.

AHV 21 und STAF bringen deshalb nur eine kurze Verschnaufpause. Aber schon diese weckt wieder neue Gelüste nach zusätzlichen Ausgaben. Am 3. März stimmen wir über die abwegige SP-Initiative ab, welche eine 13. AHV-Rente fordert.

« Unsozial ist der Vorschlag einer 13. AHV-Rente nur schon deshalb, weil sie mit der Giesskanne an alle verteilt würde. Selbst an Superreiche. »

Ein Alptraum für alle jene, denen die Sicherung der Altersvorsorge am Herzen liegt. Sie ruiniert alles bisher Erreichte.

Im Ausgeben des Geldes anderer Leute war die SP schon immer stark. Sie preist dies als Umverteilung von Reich zu Arm, als sozial und gerecht an. Was als SP-Initiative nun aber auf dem Tisch liegt, ist weder sozial noch gerecht noch durchdacht.

Unsoziale Sozialdemokraten

Unsozial ist der Vorschlag einer 13. AHV-Rente nur schon deshalb, weil sie mit der Giesskanne an alle verteilt würde. Selbst an Superreiche. Ungerecht wäre eine 13. AHV-Rente, weil sie zwar über 5 Milliarden Franken aus der AHV-Kasse an die Rentner verteilt, aber die ganze Schuldenlast auf die heute arbeitende und auf die Generation unserer Kinder und Enkel ab-

schieben würde. Die Initianten kneifen in allen aktuellen Diskussionen, wenn es darum geht, die Finanzierung dafür sicherzustellen. Sicher ist, dass jeder Franken für eine 13. AHV-Rente anderswo der Bevölkerung über Lohnabgaben, Mehrwertsteuern oder Bundessteuern aus dem Sack gezogen werden muss. Dort fehlt dann die Kaufkraft, welche die SP bei den Rentnern sichern will – wobei die Rentner via höherer Mehrwertsteuer wiederum auch selbst zu Kasse gebeten würden.

Ein wichtiges NEIN am 3. März!

Wenig bis gar nichts bieten die Initianten ausserdem hinsichtlich einer strukturellen Lösung für das Demografieproblem der AHV. Die Initiative ist deshalb klar abzulehnen.

Dennoch muss der Weg frei sein für eine offene und konstruktive Diskussion. Wir müssen etwas aufs Tempo drücken. Denn die AHV muss angesichts der Finanzperspektiven und im Interesse der Rentenbezüger rasch reformiert werden. Statt einer Vogel-Strauss-Politik ist Verantwortung gefragt. Die SVP unterstützt aktuelle Vorschläge im Parlament, die mit einer Anpassung der Minimalrente oder einem Ausbau der Ergänzungsleistungen jenen helfen, die es im Alter wirklich nicht einfach haben. Wir kämpfen seit langem, dass nicht immer mehr Geld aus der AHV oder der Bundeskasse ins Ausland abfliesst. Wir fordern eine Steuerbefreiung der AHV-Renten. Das sind die Vorschläge der SVP, die wirklich im Portemonnaie jener ankommen, die es nötig haben. Aber dafür müssen wir den SP-Irrweg am 3. März an der Urne zuerst wichtig verwerfen.

Sichern wir unsere Altersvorsorge! Ja zur Renteninitiative – für eine sichere AHV

Am 3. März stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Renteninitiative ab. Mit einem Ja ist die AHV auch in Zukunft gesichert.



Von Diana Gutjahr,
Nationalrätin,
Amriswil (TG)

Die Bevölkerungsentwicklung stellt die Altersvorsorge vor grosse Probleme: Während bei der Einführung der AHV noch sechs Personen eine Rente finanzierten, sind es heute nur noch drei. Die

anstehende Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation wird dieses drastische Missverhältnis zwischen Einzahlenden und Beziehenden weiter verschärfen. Wir riskieren damit, dass zukünftige Generationen keine ausreichende Altersvorsorge mehr erhalten werden. Bleibt alles so, wie es ist, wird die AHV gemäss Einschätzungen des Bundes ab etwa 2031 in die roten Zahlen rutschen. Bis 2050 wächst das Defizit ohne Einsparungen oder neue Finanzmittel auf über 100 Milliarden Franken! Rentensenkungen oder

Steuererhöhungen zur Sanierung des Defizits würden uns alle belasten und kommen deshalb nicht in Frage. Es führt kein nachhaltiger Weg an einer moderaten Erhöhung des Rentenalters vorbei.

Renteninitiative packt Problem an Wurzel

Die Renteninitiative will genau das. Um unser Altersvorsorgesystem zukunftsfähig zu machen, wird das Rentenalter an die Lebenserwartung geknüpft, wie es dem demografischen Wandel entspricht. Länder wie Italien, Portugal oder Dänemark haben das bereits erfolgreich getan oder führen einen solchen Mechanismus in den nächsten Jahren ein.

Dieser Ansatz packt das Problem an der Wurzel. Es ist logisch, dass wir länger arbeiten müssen, wenn wir länger leben. Ausserdem wird mit der Renteninitiative das Rentenalter lediglich mit dem Faktor 0,8 zur Lebenserwartung erhöht. Heisst konkret: Wenn die durchschnittliche Lebenserwartung um einen Monat zunimmt, wird das Rentenalter um 24 Tage erhöht. So können wir älter werden, aber auch künftig 20 Prozent unseres Lebens im Ruhestand verbringen.

Ihre Stimme macht den Unterschied, liebe Leserinnen und Leser! Die Renteninitiative ist ein moderater, aber effektiver Schritt zur generationengerechten und nachhaltigen Sicherung der AHV. Stimmen Sie deshalb JA zur Renteninitiative am 3. März.



JA zur Renten-Initiative,
damit es für alle reicht!

Neues Verhandlungsmandat mit Brüssel: So geht es nicht! Bundesrat will Schweiz zur EU-Kolonie machen

Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens arbeiten die Diplomaten bereits am nächsten Kolonialvertrag für unser Land. Am liebsten würden sie uns gleich ganz in die EU führen. Dagegen müssen wir uns mit allen Kräften wehren.



Von Magdalena
Martullo-Blocher,
Nationalrätin, Lenzerheide (GR)
und Meilen (ZH)

Sie reden vom «Mandat», von einer «Paketlösung» oder den «Bilateralen III». Einen richtigen Namen haben sie noch nicht gefunden. Dabei ist klar, was gemeint ist. Es sind dieselben institutionellen Regeln, die bereits im Rahmenabkommen enthalten waren:

1. Automatische Übernahme aller heutigen und zukünftigen EU-Regelungen.
2. Explizite Unterordnung unter den Europäischen Gerichtshof.
3. Tribut-Zahlungen an die EU.

Wir lassen das nicht zu! Unsere Freiheit und Selbstbestimmung werden wir niemals aufgeben. Sie sind die Grundlage unseres Wohlstands. Die EU hingegen ist ein zentralistisches, demokratisch nicht abgestütztes Gebilde, das seinen Mitgliedern immer mehr bürokratische Gesetze aufzwingt. Mit dem wiederbelebten Rahmenvertrag geschieht bei uns dann dasselbe. Und wenn wir nicht parieren, sind die Strafmassnahmen auch gleich im Vertrag vorgesehen.

Bundesrat muss Mandat zurücknehmen

Nein, wir brauchen keine Bevormundung durch EU-Kommissare! Wir wollen selber entscheiden. Wir wissen selbst am besten, wo der Schuh drückt: bei der unkontrollierten Zuwanderung, beim Asyl-Chaos, bei den ausser Kontrolle geratenen Staatsfinanzen und den milliarden-teuren Klima-Utopien von Links-Grün. All diese Herausforderungen löst der Vertrag mit der EU nicht. Er verschärft sie sogar noch!

Und der Gipfel des Ganzen: Für all das müssten wir auch noch Milliarden von Steuerfranken an EU-Programme und für die Kohäsion bezahlen. Leider ist die SVP einmal mehr die einzige Partei, die entschlossen gegen diese Unterjochung vorgeht. Umso mehr müssen wir unsere Kräfte mobilisieren und kämpfen – kämpfen für eine starke und unabhängige Schweiz! Wir fordern vom Bundesrat, dass er dieses Mandat zurücknimmt und der EU endlich klar macht, dass das alles für das Schweizer Volk nie und nimmer in Frage kommt.



Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag! Brüssel und Bundesbern wollen uns zu Untertanen machen

Das neue Verhandlungsmandat von Bundesrat und EU ist eine Katastrophe für die Schweiz: Es macht unser Land zu einer tributpflichtigen Kolonie Brüssels. Das dürfen wir auf keinen Fall akzeptieren.

Der Bundesrat und die EU haben ein sogenanntes «Common Understanding» vereinbart. Auf Englisch! Dieses «Common Understanding» (Gemeinsame Verständigung) ist in juristischer Sprache abgefasst und wimmelt von unehrlichen Ausdrücken. Eine Busse oder Strafkation heisst da «Ausgleichsmassnahme».

Das Verhandlungsmandat des Bundesrates ist in Wahrheit eine Kapitulation vor Brüssel. Die EU behandelt unser souveränes Land wie eine Kolonie, wie einen tributpflichtigen Vasallen. Man will uns fremde Richter aufzwingen und unsere direkte Demokratie schleifen.

Das zeigt sich in diesem «Common Understanding» praktisch in jeder Zeile. Eine Auswahl von 12 Zitaten – und jeweils eine kurze Erklärung, was sie für die Schweiz bedeuten:

1. «Institutionelle Lösungen, die in jedem der fünf bestehenden Binnenmarktabkommen sowie in künftigen Binnenmarktabkommen verankert werden.»

Wir brauchen keine «institutionelle Lösung». Das ist nur ein Tarnbegriff für die institutionelle Anbindung an die EU. Auf Deutsch: ein Unterwerfungsvertrag. Mit der Ausdehnung auf alle «künftigen» Abkommen wird die Schweiz jeder Freiheit beraubt.

2. «Eine Verpflichtung zur dynamischen Rechtsübernahme»

Die «dynamische Rechtsübernahme» ist Schönsprech dafür, dass die Schweiz EU-Recht automatisch zu übernehmen hat. Die EU befiehlt, die Schweiz vollzieht. Das verstösst gegen unsere Souveränität und zerstört unsere direkte Demokratie. Damit gibt sich die Schweiz selbst auf.

3. «... sollte das Schiedsgericht diese Frage dem Gerichtshof der Europäischen Union zur Entscheidung vorlegen; Letztere wäre für das Schiedsgericht bindend.»

Wer das letzte Wort hat, hat die Macht. Die Macht liegt ohne Zweifel beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Das Urteil des EuGH ist «bindend». Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei. Weiter heisst es, dass die juristischen und politischen Streitfragen «... im Einklang mit der vor und nach der Unterzeichnung dieser Abkommen ergangenen Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgelegt werden». Die Schweiz muss also nicht nur fremde Richter akzeptieren. Wir müssen bestehendes und künftiges Recht und sowohl die früheren wie künftigen Urteile übernehmen. Damit verlieren wir jede Handlungsfreiheit und unsere Rechtssicherheit.

4. «Eine Vereinbarung über den finanziellen Beitrag der Schweiz.»

Die Schweiz verpflichtet sich, jährlich Schweizer Steuergelder in Form der «Kohäsionsmilliarde» in das marode und korrupte EU-System nach Brüssel zu überweisen.

5. «Ein neues Gleichgewicht von Rechten und Pflichten»

Aus EU-Sicht ist völlig klar, dass die Schweiz in Zukunft mehr Pflichten als Rechte haben soll. Brüssel sieht die Schweiz nicht als gleichwertigen Partner,

sondern als Vasallen und Zahlel. Das dürfen wir auf keinen Fall akzeptieren.

6. «Beteiligung der Schweiz an allen relevanten EU-Mechanismen»

«Mechanismen» sind der Ausdruck einer technokratischen Bürokratie. Staats- und demokratiepolitisch sind sie gefährlich: Die Schweiz braucht keine «EU-Mechanismen», sondern eine eigenständige de-

mokratische Politik. Bei uns ist das Volk der Chef – nicht irgendwelche anonymen Beamten in Brüssel.

7. «Die Europäische Kommission und die Schweiz teilen die Auffassung, dass alle bestehenden und künftigen Binnenmarktabkommen als kohärentes Ganzes betrachtet werden sollten ...»

Diese Verknüpfung aller alten und neuen Abkommen ist absolut unhaltbar: Sie kommt der Einführung einer Art «Super-Guillotine» gleich. Damit würde es unmöglich für die Schweiz, einzelne Abkom-

men wie etwa die Personenfreizügigkeit zu kündigen oder neu auszuhandeln. Wir würden im Netz der EU zappeln wie ein Fisch.

8. «... im betroffenen Abkommen oder in jedem anderen Binnenmarktabkommen eine Auswahl von verhältnismässigen Ausgleichsmassnahmen zu ergreifen.»

«Ausgleichsmassnahmen»: Das ist EU-Deutsch für Strafkationen und Sanktionen gegen die Schweiz, wenn diese demokratisch anders entscheidet, als es die EU will. Solche Strafen gegen Volksentscheide, die der EU nicht genehm sind, sind mit unserem direktdemokratischen System nicht vereinbar. Die EU beweist damit, wie wenig sie von echter Demokratie hält.

9. «... dass die dynamische Übernahme bestehender und künftiger EU-Rechtsakte im Bereich der Freizügigkeit durch die Schweiz vorgesehen ist.»

Im Klartext heisst das: Die Schweiz darf die Zuwanderung nicht selbstständig steuern – damit verlieren wir die Entscheidungsfreiheit ausgerechnet über jenen Politikbereich, der uns am meisten Probleme macht. So müssten wir die berüchtigte «Unionsbürgerrichtlinie» weitgehend übernehmen und EU-Einwanderern noch mehr Rechte und Sozialhilfe nach Schweizer Standard gewähren. Die Schleusen würden noch weiter geöffnet.

10. «Die Schweiz erklärt einseitig, dass sie mit dieser Ausnahme bei der derzeitigen Sachlage die Richtlinie 2004/38/EG ohne Änderung der Schweizerischen Bundesverfassung übernehmen könnte.»

Damit verpflichtet sich die Schweiz, in Zuwanderungsfragen der EU zu folgen und dabei sogar die Bundesverfassung zu missachten. Obwohl das Schweiz Volk die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat! Auch die Volksinitiative «Keine 10-Mil-

lionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» würde die EU nicht akzeptieren. Hier zeigt sich, wie bereits das Verhandlungsmandat die Schweizer Demokratie und ihre Institutionen missachtet.

11. «Die Überprüfung jeglicher staatlichen Beihilfen sollte, innerhalb des oben beschriebenen Anwendungsbereichs, auf materiell- und verfahrensrechtlichen Vorschriften beruhen, die gleichwertig zu den in der EU geltenden Vorschriften sind.»

Die Übernahme der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen stellt insbesondere die Kantone vor massive Probleme, etwa bei den Kantonbanken oder den staatlichen Stromkonzernen. Ein neuer Rahmenvertrag würde generell den politischen Einfluss der Kantone schwächen und den Föderalismus untergraben. Auch unser Steuerwettbewerb ist der EU schon lange ein Dorn im Auge.

12. «Die Europäische Union und die Schweiz teilen die Auffassung, dass die Grundlage für einen regelmässigen, gemeinsam vereinbarten und fairen finanziellen Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen ihren Regionen geschaffen werden sollte.»

Dieser einseitig von der Schweiz zu bezahlende «Kohäsionsbeitrag» zeigt, dass Brüssel die Schweiz wie eine Kolonie behandelt, die man finanziell auspresst. Denn sonst verlangt sie von keinem anderen Land eine solche Zutrittsgebühr. Die Schweiz müsste jährlich wohl Hunderte Millionen Franken zahlen. Schliesslich braucht die EU dringend Geld. Die EU-Länder sind insgesamt mit 13'273 Milliarden Euro (Stand 2022) verschuldet. Der Zahlmeister Deutschland steckt in der Krise und regiert mit Notbudget.



Wichtige News direkt per Whats-App

Registrieren Sie sich in wenigen Schritten:

1. Speichern Sie unsere Nummer 079 470 12 91 unter SVP Schweiz ab.
2. Schicken Sie uns die Nachricht «START»



JA ZU WENIGER ZUWANDERUNG ZU EINER SICHEREN AHV ZUR RENTENINITIATIVE

JA zur nachhaltigen Sicherung der AHV

Aufgrund des demografischen Wandels und der höheren Lebenserwartung rutscht die AHV immer mehr in die roten Zahlen – unser System ist nicht auf diese Veränderungen ausgelegt. Wer Ja sagt zur Renteninitiative, sagt auch Ja zur nachhaltigen Sicherung unseres Rentensystems ohne zusätzliche Steuern oder Lohnabzüge.

JA zu weniger Zuwanderung

Laut einer Studie im Auftrag des Bundes führt die Renteninitiative zu einem Rückgang der Zuwanderung um bis zu 23 Prozent. Der Grund: Arbeitgeber können verstärkt auf inländische Fachkräfte zurückgreifen.

Wer sagt JA?



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für Volksabstimmung am 3. März 2024

<p>Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» annehmen?</p>	Ja
--	----

renten-sichern.ch



JA RENTEN-INITIATIVE

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

DAS ASYL-CHAOS VON MITTE-LINKS IST EIN SICHERHEITSRISIKO

11

Asylkriminalität explodiert: Wir rufen Bundesrat Jans auf, jetzt zu handeln!



Messerstechereien, Einbrüche, sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen: Fast täglich begehen Asylanten schwere Straftaten. Bundesrat Jans, stoppen Sie das Asyl-Chaos jetzt!

Diebstähle, Einbrüche, Sexualdelikte, Gewalttaten – und jetzt sogar eine Geiselnahme! Die Asylkriminalität explodiert. Das ist das Resultat der völlig verfehlten Zuwanderungs- und Asylpolitik von Mitte-Links.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Schlagzeilen wie diese reissen nicht ab: Ein Afghane sticht einen Mann in Zürich nieder. Eine 91-jährige Frau wird in Kreuzlingen von einem Marokkaner überfallen. Ein minderjähriges Mädchen wird im Zug zwischen Chiasso und Lugano von zwei Algeriern sexuell missbraucht. Ein Kosovare attackiert in Basel einen Mann mit einem Messer. Und jetzt das: Ein mit Messer und Axt bewaffneter Iraner nimmt im Waadtland 15 Reisende eines Regionalzugs als Geiseln.

Fast täglich verüben Asylbewerber und nicht-integrierte Zuwanderer schwere Straftaten. Auch die Kosten explodieren: 2023 gab alleine der Bund 4 Milliarden Franken für das Asylwesen aus.

Die Schweizer Bevölkerung zahlt einen sehr hohen Preis für die verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik von Mitte-Links.

Offene Grenzen, Kuschelstrafen und Larifari-Vollzug führen zu immer mehr Unsicherheit. Im Umgang mit Personen, die nichts zu verlieren haben und unser Land schamlos ausnützen, ist der Staat überfordert. Dabei vernachlässigt er seine Fürsorgepflicht gegenüber der eigenen Bevölkerung sträflich. Denn ihr Schutz vor Kriminellen hätte oberste Priorität.

Statt die Probleme zu lösen, wollen Linkspolitiker und gewisse Medien lieber die Nationalitäten der Täter verheimlichen. Doch die Fakten gehören auf den Tisch. Denn wer die Probleme unter den Teppich kehrt, wird sie nie lösen.

Für mehr Sicherheit braucht es nicht noch mehr Analysen, Präventionskonzepte und Betreuer. Es reicht, die

bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden und wo nötig zu verschärfen. Kriminelle sind aus dem Asylverfahren auszuschliessen, zu inhaftieren und auszuschaffen. Asylverfahren sind nur noch in Transitzonen an der Grenze oder in Drittstaaten durchzuführen. Wer durch sichere Länder in die Schweiz reist, soll weder einreisen noch ein Asylgesuch stellen können. Denn die Mehrheit der Asylbewerber sind keine Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten. Ein straffer Gesetzesvollzug ist nicht unmenschlich, genau so wenig wie Grenzkontrollen. Unmenschlich ist es, importierte Kriminalität zu dulden und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu gefährden!

Bundesrat Beat Jans sagte nach der unsäglichen Gewalttat von Yverdon, die Bevölkerung habe das Recht, in Sicherheit zu leben. **Wir sagen: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen, Herr Bundesrat! Zum Schutz der hier lebenden, arbeitenden und Steuern zahlenden Bevölkerung.**

Buchempfehlung: «KEIN WEG IST ZU WEIT»



Ihre Lebensgeschichte ist geschickt ins Weltgeschehen und in geschichtliche Ereignisse der Schweiz eingebettet.

Als Lehrperson, langjährige SVP-Politikerin, aktives Mitglied der AUNS (Pro Schweiz), der Vereinigung «Pro Libertate» und als Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen werden viele politische Stationen beschrieben: der dramatische Besuch im Bundesbrief-Archiv 1992 in Schwyz vor der EWR-Abstimmung, die Wahlveranstaltung mit Umzug in Bern, die wegen den linken Chaoten zu kriegsähnlichen Ausschreitungen führte oder die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher, die sie durch die damals neu in den Nationalrat gewählte Tochter Andrea hautnah miterlebt hat.

Trotz schweren Schicksalsschlägen ermutigt das Buch dazu – oft auf Umwegen (*Kein Weg ist zu weit*) – den eigenen Lebenstraum nicht aufzugeben, Hilfe anzunehmen und das Schicksal als Chance zu nutzen.



Die Autorin *Sabina Geissbühler-Strupler* begibt sich auf einen Streifzug durch ihr vielfältiges und hochinteressantes Leben.

Die in ihren Tagebüchern seit der zweiten Klasse festgehaltenen Ereignisse beschreiben ihre bewegte Vergangenheit. Sie zeigen

ihre Verbundenheit mit der Natur und ihr Engagement im sozialen und politischen Leben.

Das Buch «*Kein Weg ist zu weit*» ist in jeder Buchhandlung erhältlich und kann bei Schweizerzeit-Büchertisch, Postfach 54, 8416 Flaach oder buechertisch@schweizerzeit.ch, für 29.70 CHF (plus Porto) bestellt werden.

Herzlichen Dank an die Sponsoren dieses Inserates!

Missbrauch von Sozialhilfegeldern stoppen! Bezahlkarten statt Bargeld für Asylbewerber

Der Missbrauch von Sozialhilfegeldern im Asylbereich kann eingedämmt werden, wenn die Asylanten statt Bargeld eine spezielle Bezahlkarte bekommen.



Von Mike Egger,
Nationalrat,
Berneck (SG)

In Deutschland haben sich Bund und Länder letztes Jahr darauf geeinigt, dass Asylbewerber einen Teil der finanziellen Sozialhilfe nicht mehr in der Form von Bargeld bekommen sollen. Neu erhalten sie eine Bezahlkarte, um zu vermeiden, dass die Gelder missbräuchlich verwendet werden. Mit der Karte kann überall bezahlt werden, wo auch Kreditkarten akzeptiert werden. Geld abheben an Bancomaten ist nicht möglich, genauso wenig wie Überweisungen auszuführen oder die Karte zu überziehen.

Erfolg in Deutschland

In einigen Regionen Deutschlands wurde der Beschluss bereits umgesetzt. Die Rückmeldungen der Behörden zeigen, dass diese Karten wirksam sind gegen den Missbrauch der Sozialhilfegelder. So hätten beispielsweise abgewiesene Asylbewerber, die vorher Sozialhilfe in bar bezogen haben, auf die Bezahlkarte verzichtet und seien ausgewandert.

Die positiven Erfahrungen haben dazu geführt, dass verschiedene deutsche Bundesländer die Bezahlkarte rascher als geplant einführen wollen. Die Schweiz muss mit negativen Auswirkungen auf unser Land rechnen, weil damit Anreize für Asylbewerber geschaffen werden, in die Schweiz auszuweichen, wo sie weiterhin über Bargeld verfügen können.

«Asylshopping» unterbinden!

Diese unheilvolle Entwicklung könnte sich aufgrund der faktischen Nicht-Umsetzung des Dublin-Abkommens auch beim «Asylshopping» zeigen. Damit sind mehrfache Asylgesuche einer Person in verschiedenen Ländern gemeint, oft unter Angabe einer falschen Identität und mit dem Ziel, überall finanzielle Unterstützung zu ergattern. Erleichtert wird dieser Betrug durch die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums, die, wenn

auch nicht offiziell, so doch in der Praxis auch für Asylbewerber gilt.

Deshalb sollte die Schweiz ebenfalls solche Bezahlkarten einführen. Die Gelder für Asylbewerber sind Teil der Sozialhilfe, die in der Zuständigkeit der Kantone liegt. Bereits gibt es Pläne für Bezahlkarten in einzelnen Kantonen – und es gilt nun abzuklären, inwieweit die Einführung vom Bund unterstützt werden kann.



Wer das nicht will, wird
Mitglied bei der SVP!

svp.ch/mitglied



GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer

8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00

info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



RANGE ROVER
SPORT

landrover.ch



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

MARCEL DETTLING NIMMT STELLUNG

15

Der designierte Präsident der SVP Schweiz im Interview «Freiheit und Unabhängigkeit sind das höchste Gut»

Marcel Dettling verrät, was er als neuer Parteipräsident mit der SVP erreichen will. Wo er die grössten Herausforderungen sieht. Und wie ihn seine Arbeit als Landwirt politisch prägt.

Marcel Dettling, was reizt Sie am Amt des Parteipräsidenten?

Es sind in nächster Zeit wichtige Entscheidungen für unser Land zu klären. Die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Schweiz stehen auf dem Spiel. Hier zusammen mit der grössten Partei den Kampf zu führen, damit auch unsere Kinder in Zukunft noch in Freiheit und Unabhängigkeit leben dürfen, ist Ansporn genug.

Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen?

Der Wohlstand macht viele blind für die wirklich wichtigen Dinge. Viele sind nicht mehr bereit zu kämpfen. Bequemlichkeit hat sich breit gemacht.

Was kann und muss die SVP tun, um ihre politische Schlagkraft weiter zu erhöhen?

Wir müssen geradlinig vorausgehen. Bei einer solch grossen Volkspartei ist es auch immer eine grosse Herausforderung, die Truppe zusammenzuhalten. Das geht nur, wenn sich das Kader seiner Verantwortung bewusst ist und die Arbeit macht.

Lösungen scheitern oft an der mangelnden Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien. Wie kann diese Zusammenarbeit verbessert werden?

Die anderen Parteien sind oftmals gar nicht an Lösungen interessiert, wenn sie von der SVP kommen. Sie missachten sogar bewusst den Volkswillen. Wir dürfen aber deswegen nicht lockerlassen und müssen weiterhin Initiativen und Referenden ergreifen. Aber wir müssen auch im Parlament noch weiter zulegen können. Damit die Volksentscheide auch umgesetzt werden.

Sprechen wir über einige wichtige Sachthemen.

Stichwort «Zuwanderung». Hier tut sich doch gar nichts, der unkontrollierte Zustrom hält an.

Das ist eine absolute Schweinerei, was sich da das Parlament geleistet hat mit der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Aber die Probleme sind mittlerweile so riesig gross für ganz viele Menschen im Land, dass dies nicht mehr einfach ignoriert werden kann. Mit unserer Nachhaltigkeitsinitiative werden wir die Verfas-

sungsbrecher dazu zwingen, nochmals darüber zu beraten.

Auch beim Asylwesen verhindern die anderen Parteien dringend nötige Reformen.

Auch hier geht es nur zusammen mit dem Volk. Deswegen haben wir die Grenzschutzinitiative vorbereitet. Wir müssen unsere Grenzen dringend schützen. Die illegale Zuwanderung in die Schweiz hat Rekordwerte angenommen. Abgelehnte Asylbewerber werden nicht mehr zurückgeschafft, kriminelle Migranten nicht mehr ausgeschafft. Das heutige System ist am Ende. Deshalb ist die Grenzschutzinitiative bitter nötig.

Stichwort «Europa»: Das neue Verhandlungsmandat mit Brüssel ist doch nicht besser als der gescheiterte Rahmenvertrag. Werden wir auf Dauer zu einer EU-Kolonie?

Dagegen werden wir uns mit allen Mitteln wehren. In meinem Kanton liegt der Freiheitsbrief der Eidgenossen. Den sollte jeder Stimmberechtigte, jedes Kind in der Schweiz auswendig kennen. Dann käme es niemandem in den Sinn, auch nur schon die Verhandlung über diesen Unterwerfungsvertrag zu führen. Freiheit und Unabhängigkeit sind das höchste Gut.

Sie sind Landwirt. Inwiefern prägt das auch Ihre Politik?

Als Landwirt denkt man langfristig. Auch Geduld zu haben, lernt man. Wenn man heuen sollte und es regnet wochenlang, kann man nichts anderes tun als warten. Wenn's dann aber schön wird, muss man bereit sein. Auch das kann man auf die Politik übertragen.



AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Zahlen soll der Mittelstand

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Millionen fliessen ins Ausland

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

Reiche erhalten am meisten

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

3. März 2024
www.zukunft-sichern.ch

**13. AHV-
Rente**
NEIN